Baden-Württemberg

Keine Reserve aus Kohlekraftwerken

[07.04.2016] Das Umweltministerium Baden-Württemberg hat ein Gutachten zur Stromversorgung bis zum Jahr 2025 aktualisieren lassen. Aufgrund möglicher Versorgungsengpässe fordert Umwelt- und Energieminister Franz Untersteller erneut politische Anreize für klimaschonende Erzeugungskapazitäten.

Eine Simulationsuntersuchung des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) und des Instituts für Energiewirtschaft und rationelle Energieanwendung (IER) kommt zu dem Ergebnis, dass es bei ungünstigen Entwicklungen im Jahr 2020 auf dem deutschen Strommarkt zu vorübergehenden Erzeugungsengpässen in Höhe von knapp neun Gigawatt kommen kann. Auch unter günstigeren Bedingungen ergebe sich für das Jahr 2025 eine Leistungslücke von mehr als einem Gigawatt. Im Extremfall seien dann Preissteigerungen von bis zu 90 Euro pro Megawattstunde (MWh) möglich. Bei einer fehlenden Leistung von einem Gigawatt könnte sich der Strompreisanstieg auf 20 Euro pro MWh summieren. Zum Vergleich führen die Verfasser der Studie das aktuelle Strompreisniveau an. Es liegt bei 30 Euro pro MWh. Beide Simulationen sind Teil des jetzt veröffentlichten Gutachtens „Szenarien der Versorgungssicherheit in Deutschland und Süddeutschland“. Das baden-württembergische Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft hatte das Gutachten erstmals im Jahr 2014 in Auftrag gegeben – jetzt wurde es fortgeschrieben. Der Umwelt und Energieminister des Landes, Franz Untersteller (Bündnis 90/Die Grünen), weist zwar darauf hin, dass generell wegen der von der Bundesregierung vorgesehenen Kapazitätsreserve und der Sicherheitsbereitschaft nicht mit Problemen bei der Stromversorgung zu rechnen ist, vermutet aber, dass im Zuge der Reserven und Sicherheiten massiv ältere Kohlekraftwerke zum Einsatz kommen. Deshalb fordert der Minister erneut politische Anreize für kosteneffiziente und klimaschonende Erzeugungskapazitäten. Die Bundesregierung dürfe das Niveau der Versorgungssicherheit nicht allein von den Gesetzen des Marktes abhängig machen und zu hohe Preisspitzen riskieren, welche zuletzt von den Verbrauchern aufzubringen seien. Untersteller: „Eine Reserve aus Kohlekraftwerken kann sehr teuer werden. Den Einsatz von Kohlereserven können wir nur verhindern, wenn wir Anreize schaffen, in neue effiziente und klimaschonende Technologien, wie zum Beispiel moderne Gaskraftwerke, zu investieren. Dieses Thema muss die Bundesregierung auch und besonders wegen des Weltklimavertrags von Paris erneut auf die Agenda setzen.“

(me)

Zusammenfassung des Gutachtens (PDF, 733 KB)

Stichwörter: Politik, Baden-Württemberg, Franz Untersteller, Gaskraftwerke, Stromversorgung